

U n t e r r i c h t u n g

durch den Präsidenten des Landtags

Einsetzung einer Enquete-Kommission „Integration und Migration in Rheinland-Pfalz“

A.

Der Landtag hat in seiner 44. Sitzung am 17. April 2008 auf Antrag der Fraktionen der SPD, CDU und FDP – Drucksache 15/2141 – beschlossen:

- I. Zur Untersuchung der Chancen und Herausforderungen sowie der Rahmenbedingungen einer erfolgreichen und zukunftsgerichteten Integrationspolitik wird gemäß § 90 der Geschäftsordnung des Landtags eine Enquete-Kommission eingesetzt.
Die Enquete-Kommission besteht aus elf Mitgliedern und sechs ständigen Ersatzmitgliedern, die dem Landtag angehören, sowie sechs weiteren Mitgliedern.
- II. In Rheinland-Pfalz leben etwa 700 000 Menschen mit Migrationshintergrund, das sind rund 17,5 % der rheinland-pfälzischen Gesamtbevölkerung. Knapp 300 000 von ihnen haben eine ausländische Staatsangehörigkeit. Die Gruppe der Menschen mit Migrationshintergrund in Rheinland-Pfalz umfasst nach Deutschland zugewanderte Ausländerinnen und Ausländer der ersten, zweiten und dritten Generation, Deutsche mit eigener Migrationserfahrung, also Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler, Flüchtlinge und Vertriebene mit deutscher Staatsangehörigkeit sowie eingebürgerte frühere Ausländerinnen und Ausländer, sowie Deutsche ohne eigenen Migrationshintergrund – das sind Kinder zugewanderter Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler, nicht zugewanderte Eingebürgerte und Kinder von Eingebürgerten, Kinder ausländischer Elternpaare, die mit ihrer Geburt die deutsche Staatsbürgerschaft erworben haben, sowie Kinder binationaler Ehepaare. So vielfältig und unterschiedlich wie die Herkunftsgeschichten der verschiedenen Bevölkerungsgruppen mit Migrationshintergrund sind auch ihre Lebenslagen und damit ihre jeweils spezifischen integrationspolitischen Bedürfnisse. Hinzu kommen Unterschiede zwischen städtisch geprägten Strukturen und dem ländlichen Raum. Damit Integration erfolgreich ist, gilt es diese unterschiedlichen Ausgangssituationen und Lebenslagen entsprechend zu berücksichtigen, ihre Potenziale und Chancen zu erkennen und zu nutzen und Hemmnissen und Benachteiligungen entgegenzuwirken. Gleichzeitig ist Integration ein wechselseitiger Prozess, in dem sich alle Beteiligten gemeinsam befinden und gemeinsam die Verantwortung für sein Gelingen tragen. Er verlangt von allen Beteiligten gegenseitigen Respekt und die Bereitschaft zum offenen Dialog und bringt bestimmte Anpassungserfordernisse mit sich. Denn zukunftsgerichtete Integrationspolitik bedeutet die Einbindung in das gesellschaftliche Gefüge sowie die Akzeptanz kultureller Vielfalt auf der Grundlage allgemein geteilter und gelebter Grundwerte. Vielfältige Projekte und Maßnahmen, die schon seit vielen Jahren in Rheinland-Pfalz umgesetzt werden, und das rheinland-pfälzische Integrationskonzept leisten hierzu bereits einen wertvollen Beitrag.
- III. Aufgabe der Enquete-Kommission ist es, entlang der im Folgenden genannten Punkte eine umfassende Bestandsaufnahme der Entwicklung der Lebenssituation von Migrantinnen und Migranten in Rheinland-Pfalz in den vergangenen fünf

Jahren sowie der gegenwärtigen Lebenssituation von Menschen mit Migrationshintergrund in Rheinland-Pfalz vorzunehmen und Vorschläge für eine zukunftsgerichtete Weiterentwicklung der rheinland-pfälzischen Integrationspolitik zu entwickeln. Dabei geht es besonders darum, deutlicher als bisher herauszuarbeiten, dass eine gelungene Integration von Menschen mit unterschiedlichem Migrationshintergrund eine zentrale Voraussetzung für sozialen Ausgleich und wirtschaftliche Leistungsfähigkeit in Rheinland-Pfalz ist. Dabei ist unverzichtbares Ziel, die bestehenden wirtschaftlichen und sozialen Probleme sowie die Probleme im Bereich der Bildungs- und Ausbildungssituation von Menschen mit Migrationshintergrund nachhaltig zu lösen. Dabei soll auch untersucht werden, welche der Probleme bei der Integration stärker soziale und welche stärker migrationspezifische Ursachen haben und in welchem Maße der jeweilige Zeitpunkt der Migration nach Deutschland bzw. nach Rheinland-Pfalz in diesem Zusammenhang berücksichtigt werden muss. Weiterhin sollen auf Seiten der aufnehmenden Bevölkerung bestehende Ängste und Vorbehalte untersucht werden, ihre Ursachen ergründet und Möglichkeiten zur Verbesserung der Integrationsbereitschaft auf Seiten der aufnehmenden Bevölkerung erörtert werden. Dabei soll die besondere Bedeutung der Integrationsarbeit in den Kommunen untersucht und gelungene Beispiele empfohlen werden. Die Förderung von Integration stellt einen wichtigen Beitrag zum Wohlergehen der gesamten Gesellschaft dar und muss deshalb im Interesse aller sein.

Die Enquete-Kommission soll insbesondere:

1. mit Hilfe einer Auswertung der Zahlen des aktuellen Mikrozensus durch das Statistische Landesamt, der Daten des Ministeriums des Innern und für Sport sowie des Ministeriums der Justiz eine umfassende Bestandsaufnahme über den Anteil und die Lage der Frauen und Männer mit unterschiedlichem Migrationshintergrund in Rheinland-Pfalz vornehmen. Die Auswertung soll rückschauende Analysen und aktuelle Daten ebenso enthalten wie Prognosen über die künftige Entwicklung und soll so weit wie möglich Auskunft über die Verteilung soziokultureller und sozioökonomischer sowie demografischer Merkmale geben, wie etwa Alter, Geschlecht, die Entwicklung der Einbürgerungsquote, Bildungsstand, Erwerbstätigkeit und öffentliche Transferleistungen;
2. im Bereich Bildung und Erziehung die bisherigen Erfahrungen mit der Integration von Kindern und Jugendlichen ermitteln sowie alle bestehenden Angebote und Programme für Menschen mit Migrationshintergrund in Rheinland-Pfalz auch mit Blick auf andere Bundesländer analysieren und bewerten. Dabei soll zum einen eine Bewertung der Inanspruchnahme und der bislang gemachten Erfahrungen sowie eine Erfolgsanalyse erfolgen, zum anderen sollen die Schwerpunkte und Zielrichtungen der verschiedenen Angebote wie etwa Sprachförderung und Vermittlung sozialer und kultureller Kompetenz sowie denkbare zukünftige Weiterentwicklungen und Perspektiven diskutiert werden;
3. im Bereich Ausbildung und Arbeitswelt die gegenwärtige Situation von Frauen und Männern mit Migrationshintergrund untersuchen und dabei eine Bestandsaufnahme bereits vorhandener arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen und Programme für Menschen mit Migrationshintergrund vornehmen sowie die Problematik der Bedeutung und Anerkennung im Ausland erworbener Abschlüsse untersuchen. Dabei sollen auch Möglichkeiten und Strategien diskutiert und geprüft werden, wie die Ausbildungssituation von jungen Menschen mit Migrationshintergrund weiter verbessert und ihr Berufswahlspektrum erweitert und wie insgesamt eine Steigerung der Erwerbstätigkeit von Menschen mit Migrationshintergrund, insbesondere von Frauen, erreicht werden kann. In diesem Zusammenhang soll auch die wirtschaftliche und gesellschaftliche Situation junger Migrantinnen und Migranten ohne Ausbildungs- bzw. Arbeitsplatz analysiert und dargestellt werden;
4. die Lebenssituation von Familien und insbesondere Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund untersuchen, dabei die für sie damit verbundenen spezifischen Gegebenheiten und Bedürfnisse herausarbeiten und sich daraus ergebende Aufgaben mit Blick auf die Zukunft diskutieren. Weiter-

- hin soll die Enquete-Kommission eine Bestandsaufnahme der Situation älterer Frauen und Männer mit Migrationshintergrund in Rheinland-Pfalz vornehmen und sich daraus ergebende Anforderungen zukunftsgerichtet analysieren;
5. im Bereich Wohnen und Lebensumfeld prüfen, wie durch Instrumente der Stadt- und Quartiersentwicklung eine positive Zukunftsperspektive für soziale Problemgebiete mit mehrfachen Problemlagen (zum Beispiel soziale und soziokulturelle Probleme, schlechtere wirtschaftliche Situation der Bewohnerinnen und Bewohner, erhöhtes Auftreten von Gewalt) entwickelt werden kann, da gerade Familien mit Migrationshintergrund nicht selten einen erheblichen Bevölkerungsanteil in diesen Quartieren stellen;
 6. die gegenwärtige Lebenssituation von Mädchen und Frauen mit Migrationshintergrund analysieren und prüfen, wie ihre Chancen auf gleichberechtigte Teilhabe am gesellschaftlichen Leben, an Bildung und Arbeit weiter verbessert werden können;
 7. im Bereich Gesundheit und Pflege derzeit noch bestehende höhere Zugangsbarrieren zu Angeboten der Gesundheitsversorgung und -vorsorge wie beispielsweise Sprachbarrieren, differierende Krankheitskonzepte oder soziale Integrationshürden für Frauen und Männer mit Migrationshintergrund analysieren und prüfen, wie die Zugänge zum System der gesundheitlichen Versorgung stärker für Menschen mit Migrationshintergrund geöffnet werden können, sodass eine gleichberechtigte Teilhabe erreicht werden kann. Weiterhin sollen die Anforderungen und notwendigen Rahmenbedingungen für eine kultursensible Pflege diskutiert werden;
 8. die Situation von behinderten Menschen mit Migrationshintergrund und ihre besonderen Bedürfnisse analysieren und sich daraus ergebende Anforderungen zukunftsgerichtet diskutieren;
 9. prüfen, wie die politische Teilhabe von Frauen und Männern mit Migrationshintergrund an gesellschaftlichen Entscheidungs- und Gestaltungsprozessen sowie die vielfältigen Formen bürgerschaftlichen und gesellschaftlichen Engagements, im Besonderen Beteiligungsangebote an Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund, weiter gefördert werden können. Dabei sollen auch die Möglichkeiten einer Erhöhung der Einbürgerungsquoten und Fragen des aktiven und passiven Wahlrechts für Frauen und Männer mit Migrationshintergrund geprüft sowie die Bedeutung verschiedener Formen des gesellschaftlichen Engagements in Vereinen und insbesondere im Sport untersucht werden;
 10. im Bereich Kultur die Formen des Dialogs in Rheinland-Pfalz mit Blick auf unterschiedliche kulturelle Traditionen untersuchen und Möglichkeiten seiner Förderung und Unterstützung diskutieren. Hierbei sollen auch religiös geprägte Traditionen und Besonderheiten untersucht werden. Weiterhin soll die Enquete-Kommission kulturelle Aktivitäten und interkulturelle Vernetzung im Sinne eines Beitrags zur Bewahrung der jeweiligen kulturellen Identität und zum Erhalt der kulturellen Vielfalt erörtern;
 11. die Rolle und Bedeutung der Medien für Integration untersuchen und bewerten;
 12. auf der Grundlage aktuellen Datenmaterials einen Überblick über die durch Asylverfahren erfolgte Zuwanderung nach Rheinland-Pfalz erstellen. Weiterhin soll insbesondere die Erteilung von Aufenthaltsrechten aus humanitären Gründen („humanitäre Zuwanderung“) untersucht werden und dabei auf Fragen hinsichtlich der Härtefallkommission, der Umsetzung der gesetzlichen Altfallregelung, der Umwandlung von Kettenduldungen in Aufenthaltsrechte und in Fällen faktischer Integration (Verwurzelung, Art. 8 EMRK) sowie aufenthaltsrechtlicher Konsequenzen beim Widerruf der Flüchtlingseigenschaft näher eingegangen werden;
 13. im Bereich Migration untersuchen, mit welcher Zuwanderung für Rheinland-Pfalz in den nächsten Jahren gerechnet werden kann und welche Steuerungsmöglichkeiten für Zuwanderung gesehen werden.

IV. Die Kommission wird gebeten, dem Landtag nach Abschluss ihrer Arbeit über die Ergebnisse zu berichten, diese zu bewerten und etwaige Konsequenzen für Bundes- und Landesgesetzgebung sowie die Gesellschaft darzustellen. Sie kann zu einzelnen Fragen Zwischenberichte erstatten.

B.

Die Enquete-Kommission setzt sich wie folgt zusammen:

I. Von den Fraktionen benannte Mitglieder, die dem Landtag angehören:

a) Für die Fraktion der SPD: Dieter Klöckner
Kathrin Anklam-Trapp
Jens Guth
Heribert Heinrich
Ruth Leppla
Ingeborg Sahler-Fesel

Ständige Ersatzmitglieder: Alexander Fuhr
Marianne Grosse

b) Für die Fraktion der CDU: Hedi Thelen
Michael Hörter
Elfriede Meurer
Dr. Peter Enders

Ständige Ersatzmitglieder: Brigitte Hayn
Josef Keller

c) Für die Fraktion der FDP: Dr. Peter Schmitz

Ständige Ersatzmitglieder: Nicole Morsblech
Günter Eymael

II. Benannte Sachverständige: Univ.-Prof. Dr. Franz Hamburger
Homaira Mansury, M. A.
Dr. Mona Granato
Leo Monz
Prof. Dr. Herwig Birg
Seyran Ateş

III. In ihrer konstituierenden Sitzung am 12. Juni 2008 hat die Enquete-Kommission den Abgeordneten Dieter Klöckner zum Vorsitzenden und den Abgeordneten Michael Hörter zum stellvertretenden Vorsitzenden gewählt.

Joachim Mertes
Präsident des Landtags